



04.05.2020

## GENOSSENSCHAFTSFORSCHUNG

Genossenschaften – ein alter Hut oder hochaktuell?

**Ein Nachbericht zur Tagung über „Zünfte und Gilden: Genossenschaften – in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ der Arbeitsgruppe „Genossenschaftsforschung“ (1.-3. November 2019)**



*Auf der zweiten Tagung des Forschungsprojektes zu „Senioren-genossenschaften“ im November 2019 ging es dieses Mal nicht nur um die Gegenwart von Genossenschaften im Spezielleren, sondern auch um deren Vergangenheit und Zukunft im Allgemeinen. Rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland, Polen und Italien, aus Wissenschaft und Wirtschaft setzten sich drei Tage lang mit dieser Thematik auseinander. Dabei gab es anregende Vorträge zu den Entstehungsumständen, Zielen und der Bedeutung von Genossenschaften für eine Gesellschaft und im Anschluss an diese mehrere, vergleichende Diskussionsrunden. Letztere führten nicht selten bis in die Gespräche der gemeinsamen Pausen und Abende hinein. Am Ende der Tagung standen folgende drei Fragen im Raum, die einer fortführenden Diskussion bedürfen:*

- *Mit welchen Regeln können Menschen etwas zur gemeinsamen Herstellung kollektiver Güter beitragen, ohne dabei groß in Konflikte zu geraten?*
- *Wie stabil können Versorgungsstrukturen genossenschaftlicher Vereinigungen eigentlich sein?*
- *Wie viel Macht haben Genossenschaften heutzutage noch im Gegenüber des Kapitalismus?*

### *Teil I:*

Viele der Vorträge der Tagung drehten sich um die Frage, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen Menschen dazu bereit sind, genossenschaftlich zu handeln. Im ersten Teil der Tagung wurde diese Frage aus einer historischen Perspektive betrachtet. Gilden und Zünfte im Hohen Mittelalter und das Ende der Zünfte standen in diesem Teil im Mittelpunkt. Der Vortrag des Historikers *Prof. Dr. Knut Schulz* beleuchtete beispielsweise, dass die Idee der Gilden und Zünfte schon im Mittelalter auf Gleichheit beruhte. Sie hatten eine hohe Bedeutung für das wirtschaftliche und politische Zusammenleben der Menschen damals. Diese einstigen Ideen rückten durch den im 18. und 19. Jahrhundert aufkommenden Kapitalismus in vielen west- und mitteleuropäischen Ländern zwar in den Hintergrund, lebten aber beispielsweise in Symbolen, Ritualen und national wirksamen, wirtschaftlichen Regelungen wie der Gewerbefreiheit von Handwerkern fort. Aus der Perspektive Max Webers sind Zünfte im Mittelalter insbesondere deshalb erfolgreich gewesen, weil sie sowohl innerhalb als auch außerhalb der Zunftgemeinschaft für die Einhaltung von Ordnung sorgten. Unter diesen Bedingungen waren Menschen dazu bereit, genossenschaftlich zu handeln. Zünfte wirkten nach außen abschließend und kontrollierten zugleich den Markt. Dabei nahmen sie sowohl wirtschaftliche als auch sozialpolitische Funktionen ein. Daher sind Zünfte laut des Vortrags des Historikers *Prof. Dr. Heinz Gerhad Haupt* im Verlauf ihrer Geschichte nicht notwendigerweise als ein Widerspruch zum Kapitalismus zu sehen. Denn sie funktionierten aufgrund ihres solidaritätserhaltenden Merkmals auch innerhalb des kapitalistischen Systems. Demnach könnten Menschen auch im Kapitalismus zu solidarischem Handeln bereit sein.

Die Tagung warf neben solch einer funktionalen Frage auch die organisationale Frage auf, inwiefern die einstigen Handwerkszünfte einen Einfluss auf die Gestaltung heutiger Genossenschaften hatten. Im Vortrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers *PD Dr. Arnd Kluge* über „Ein Modell der Zukunft?“ wurde deutlich, dass Zünfte und Genossenschaften trotz ihrer Verschiedenheiten in der Mitgliedergewinnung (Zwang versus Freiwilligkeit) in ähnlicher Weise einen Nutzen für die öffentliche Hand mit sich bringen. So kam *Kluge* zu dem Ergebnis, dass Genossenschaften heutzutage wie einst die Zünfte all die Arbeit übernehmen, die ein Staat wegen des gestiegenen Pensums nicht mehr leisten kann (z. B. in der Sorge um ökonomisch schwächer gestellte Menschen). Auch sind laut *Kluge* bei beiden die wohltätigen Leistungen auf die eigenen Mitglieder beschränkt und bestimmte Werbeverbote sind auf die Zünfte zurückzuführen. Allerdings gehen Genossenschaften nicht wie die einstigen Zünfte gezielt mit einer speziellen Religionszugehörigkeit und Ideologie einher. Moderne Genossenschaften hingegen betrachten Arbeit und daher auch die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft eher nüchtern. Sie können aber in ihren Auswirkungen karitativ sein, da sie sowohl erhaltend als auch reformierend wirken können und stellen daher ein relevantes Modell der Zukunft dar.

In der Diskussionsrunde nach dem ersten Teil der Tagung wurde insbesondere über zwei Themen diskutiert. Zum einen ging es um eine konkrete Unterscheidung der Begriffe ‚Genossenschaft‘ und ‚Sozialismus‘ und den ideenpolitischen Mehrwert von Genossenschaften. So wurde mit Vorgriff auf Durkheims familiäre Berufsmoral, welche im zweiten Teil der Tagung Thema sein sollte, vermutet, dass Genossenschaften die Eigenheit an sich haben, eine ganz bestimmte Art von Weltanschauung anzuziehen. *Kluge* veranschaulichte jedoch an historischen Beispielen, dass Genossenschaften ebenso wie Gewerkschaften ursprünglich (seit 1871) je eine andere politische Ausrichtung hatten, die bis in ihre Versorgungsstrukturen hineinwirkten (Banken, Versicherungen). Allerdings, so führte *Schulz* an, standen insbesondere die Sozialdemokraten mit den Genossenschaften in Konflikt. 1933 endete laut *Kluge* diese politische Vielfalt in den Genossenschaften aufgrund der Gleichschaltung. Zum anderen diskutierten die Teilnehmer der Tagung in der ersten Diskussionsrunde über das Verhältnis der Genossenschaften zum Kapitalismus. Bereits zu ihrer Blütezeit waren die genossenschaftlich organisierten Zünfte bei all ihrer Bedeutung nicht allein am ‚Markt‘, so *Schulz*, sondern standen in Konkurrenz zum vom Adel geförderten Hofhandwerk. Dieses Verhältnis besteht auch heutzutage noch in der Relation der Genossenschaften zu den kapitalistischen Großkonzernen fort. Genossenschaften standen in der Vergangenheit jedoch nicht nur im Widerspruch zu kapitalistischen Organisationen, sondern haben dem Kapitalismus eigentlich auf die Beine geholfen. Sie befinden sich daher seit Beginn ihrer Geschichte in einem Verfallsprozess, so der Soziologe *Prof. Dr. Johannes Weiß*. Denn kapitalistische Elemente wanderten laut *Weiß* in das Genossenschaftswesen ein. Das sei aber ein Widerspruch, denn nach Weber könnten Genossenschaften so eigentlich nicht funktionieren, weil sie dazu da sind, den Kapitalismus abzuschalten. *Prof. Dr. Hartmut Bauer* stimmte dem zu, denn heutzutage stünden Genossenschaften und der Kapitalismus nicht mehr in einem Gleichgewicht. Private Konzerne hätten heutzutage mehr Entscheidungsmacht als ein Stadtrat, weil in Letzterem nicht mehr wie einst bei den politisch wirkenden Zünften die wirtschaftlich bedeutenden Akteure zu finden sind, so *Prof. Dr. Georg Kamphausen*. Daher stand am Ende der ersten Diskussionsrunde die Frage im Raum, ob eine Kommune sich heutzutage gegen den Zuzug eines Großkonzerns aussprechen darf, der den örtlichen Betrieben die Preise unterbietet. Das heißt, wie viel Macht haben genossenschaftliche Prinzipien heutzutage noch im Gegenüber des Kapitalismus?

### *Teil II:*

Der zweite Teil der Tagung beschäftigte sich mit Aussagen der Gründer, „väter“ der Soziologie über Solidarismus, Berufsmoral und Genossenschaften. Die Vorträge gingen auch hier insbesondere darauf ein, in welcher Art von Gesellschaft genossenschaftliches Handeln möglich ist. *Prof. Dr. Johannes Weiß* referierte hierzu über Webers Formen nicht-legitimer Herrschaft. Nach Weber würde ein

höheres Maß an Sozialismus (das heißt, Genossenschaftlichkeit) auch mehr Bürokratie hervorbringen. *Weiß* teilte außerdem die von *Haupt* am Vortag angebrachte These, dass Genossenschaften nicht im Widerspruch zum Kapitalismus stehen. Denn die technischen Bedingungen seien andere. Anders als Genossenschaften ist der Kapitalismus laut *Weiß* durch eine ‚Verunpersönlichung‘ gekennzeichnet. Das erkenne man am Mittel des Geldes. Dieses sei jedoch nicht die Ursache, sondern ein Anzeichen für die ‚Verunpersönlichung‘ im Kapitalismus.

Auch der Soziologe *Prof. Dr. Michael Schmid* versuchte in seinem Vortrag eine Antwort auf die Frage zu geben, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen Menschen dazu bereit sind, genossenschaftlich zu handeln. Unter Bezugnahme auf Émile Durkheim stellte er fest, dass ein kollektives Gut nur mittels gerecht getauschter Arbeitsleistungen zu schaffen ist; jedoch nicht mittels Profitinteresse und eines Tausches am Markt. Allerdings reicht laut *Schmid* die Theorie Durkheims nicht als Antwort auf die gestellte Frage aus. Stattdessen könne nur eine umfassendere Theorie der Moral erklären, weshalb Menschen solidarisch handeln: Neben Familie und Staat sind laut *Schmid* die Gilden, Zünfte und Berufsgenossenschaften als Orte zu verstehen, an denen sich eine solche Moral im Sinne einer Pflicht gegenüber der Gesellschaft entwickeln kann. Ergänzend zum Vortrag von *Kluge* deutete *Schmid* auf die mit einem religiösen Bezug einhergehenden familialen Züge der Zünfte des Mittelalters und damit auf deren Geselligkeitsfunktion hin. Laut *Schmid* sind Zünfte daher die Grundlage der Kommune und des gesamten politischen Systems gewesen. Deshalb, so *Schmid*, sprach Durkheim auch von einer Notwendigkeit intermediärer Organisationen, unter welche Zünfte und Genossenschaften fallen.

Da einer der Vorträge im zweiten Teil der Tagung zum Thema „The Rise and Decline of Guild Socialism“ (*Oscar Broughton, M.A.*) nicht stattfinden konnte, wurde ein Vortrag vom dritten Teil vorgezogen. Der zweite Teil der Tagung schloss daher mit dem Vortrag des *Diplomsoziologen Markus Römer* ab, der seine Dissertation im Forschungsfeld der Gesellenwalz schreibt. *Römer* verdeutlichte am Beispiel einer neu aufgekommenen Tradition der Walz von Bäcker-Gesellen die Ordnungsfunktion von Handwerkerzusammenschlüssen aus aktueller Perspektive. Diese Walz folgt auch heute noch den ursprünglichen Regelungen. Dabei sind laut *Römer* eine sichtbare und eine unsichtbare Seite der Walz zu erkennen. Die Sichtbare ist die Wanderung von Bäckerei-Betrieb zu Bäckerei-Betrieb. Die unsichtbare Seite ist die lebenslange Zugehörigkeit zur Schacht der Bäcker. Anders als diese traditionsorientierten Bäcker-Gesellen nutzt eine andere neuere Gruppe von so genannten „freireisenden Gesellen“ verschiedener Handwerksrichtungen die Form der Walz für sich. Diese Gesellen unternehmen Reisen ohne die Bedingung einer lebenslangen Zugehörigkeit zur entsprechenden Schacht. *Römer* befragte hierzu einige solcher freireisender Gesellen und fand heraus, dass deren Netzwerk weitaus lockerer, das heißt, ohne Termindruck funktioniert. Dazu zählt auch, dass dieses Netzwerk nach Beendigung der Walz wieder in sich zusammenfällt. Dies bedeutet, dass

die Stetigkeit der Walz von nachkommenden Gesellen nicht gesichert ist, und somit die Walz in diesem Falle keine feste, generationenüberdauernde Funktion in der Ausbildung der Gesellen darstellt. Daran ist wie bereits bei einem vorherigen Vortrag der Tagung zu erkennen, dass die Sicherung solidarischen Handelns nur unter der Bedingung einer in sich geschlossenen, das heißt auch ‚lebenslänglich‘ andauernden Gemeinschaft gewährleistet werden kann.

Die an den zweiten Teil der Tagung anschließende Diskussionsrunde drehte sich um die Reichweite, Beeinflussbarkeit und Bedeutung von Genossenschaften. Laut *Römer* agiert die Gesellenwalz international. Ein deutscher Geselle könne beispielsweise bis nach Südamerika bei seiner Walz wandern. Genossenschaften und die aktuelle Staatsform eines Landes würden sich des Weiteren gegenseitig beeinflussen. So ist die genossenschaftliche Semantik laut Aussage eines Tagungsteilnehmers teilweise im nationalsozialistischen System wieder zu finden. Heutzutage hätten Genossenschaften wiederum auch Züge der kapitalistischen ‚Verunpersönlichung‘ an sich. Genossenschaften könnten laut einer Interpretation einer Aussage von Weber aber auch zum Erhalt der bürgerlichen Demokratie beitragen. Die lebenslange Zugehörigkeit zur genossenschaftlichen Walz trägt außerdem dazu bei, dass sich Menschen im Alter nicht als funktionslos wahrnehmen. Demnach ist die Eigenlogik intermediärer Institutionen von hoher Bedeutung für eine Gesellschaft. Neben solchen Forschungserkenntnissen zeigte sich bei der zweiten Diskussion allerdings auch, dass das Genossenschaftswesen ebenso wie andere Untersuchungsgegenstände bei einer weiteren soziologischen Forschung entzaubert wird. Ein Solidaritätsgefühl im Sinne Durkheims scheint heutzutage nicht auszureichen, um eine gemeinschaftliche Arbeitsteilung zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Denn alle empirischen Arbeiten über Nachbarschaftshilfe zeigen bisher, dass solch ein Gefühl nicht ausreicht, um Hilfe zu verstetigen. Obwohl in der Diskussion klar wurde, dass bei Genossenschaften eine Kritik am Staat und daher eine Loslösung von kommunalen Entscheidungsträgern heutzutage zentral ist, blieb am Ende des zweiten Tagungsteils daher dennoch die folgende Frage offen: Mit welchen Regeln können Menschen etwas zur gemeinsamen Herstellung kollektiver Güter gemeinsam beitragen, ohne in große Konflikte um die Zufriedenstellung eigener Bedürfnisse zu geraten?

### *Teil III:*

Im letzten Teil der Tagung wurden genossenschaftliche Beispiele aus der Gegenwart und dabei insbesondere ihre Entstehungsursachen vorgestellt und diskutiert. Neben den bisherigen Erkenntnissen aus unserem Bayreuther Forschungsprojekt über „Senioren-genossenschaften“ zu den Gründungsursachen dieser Vereinigungen, die von *Silvia Wiegel, B.A. Soziologie und Erziehungswissenschaften*, vorgestellt wurden, waren auch andere Beispiele aus Deutschland, sowie aus Polen und Italien im Gespräch. Der Vortrag der Soziologin *Prof. Dr. Susanne Elsen* zeigte die

sehr ausgeprägte heutige südtiroler Genossenschaftslandschaft auf. In Südtirol gelten Genossenschaften als zentrale Elemente von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Organisationen von Anbietern in der Wohlfahrtsindustrie und „cooperative di communita“ (Organisationen der Arbeitsintegration) sind dort die beiden typischen Genossenschaftsarten. Das Beispiel dieser Region Italiens verweist auf die Entstehung der ersten „Genossenschaften“. Sie sind Kinder der Not, das heißt, sie kompensieren heutzutage in Italien einen „Mangel“ wohlfahrtsstaatlicher Institutionen, und sie dienen der „Emanzipation“ der Nutzerinnen und Nutzer.

Für die polnische Genossenschaftslandschaft hingegen, die bei der Tagung ebenso angesprochen wurde, ist aus rechtlicher Sicht zwar von einer recht kurzen Geschichte zu sprechen. Aber eigentlich ziehen auch dort Genossenschaften ihre weiten Kreise. Ihre Geschichte führt weit bis ins 15. Jahrhundert zurück. Laut dem Vortrag des Soziologen *Prof. Dr. Jerzy Kaczmarek* haben Sozialgenossenschaften in Polen vor allem die Funktion, finanziell Benachteiligte wie Straffällige oder Migranten zu unterstützen. Die bekanntesten genossenschaftlichen Vereinigungen sind dort die „Barka“-Genossenschaften. Es gibt rund 1.600 solcher in Polen. In der Region „Großpolen“ liegen ihre Haupttätigkeiten beispielsweise im Tourismus- und Gastronomiebereich. Am meisten Einnahmen erzielen dort aber solche Barka-Genossenschaften, welche im Bereich der Gesundheitsfürsorge und der Selbsthilfe tätig sind. Diese Genossenschaften stehen allgemein vor großen Herausforderungen, da ihre finanziellen Mittel für die hohen Lohnkosten oft nicht ausreichen und die Konkurrenz an profitorientierten Unternehmen groß ist.

Ein zweites Beispiel aus Deutschland, das bei der Tagung thematisiert wurde, waren die „Bürgerstiftungen“. Der Geschichts- und Rechtswissenschaftler *Dr. Thomas Horn* von der Volksbank Mittelhessen eG stellte deren genossenschaftliches Prinzip der Selbsthilfe in seinem Vortrag vor, weil die deutschen Genossenschaftsbanken wie die Volksbank 86 Prozent der Anteile an diesen Stiftungen besitzen. Dabei streifte Horn wie viele der anderen Vortragenden auf der Tagung auch die Frage, warum sich Menschen nach diesem Prinzip zusammenschließen. Im Falle der Bürgerstiftungen liegt es vor allem daran, dass die Sparkassen insbesondere im ländlichen Raum keine Kredite vergeben. Bürgerstiftungen definieren sich als geographisch begrenzte Selbsthilfeorganisationen, die politisch und wirtschaftlich unabhängig sind. Daher sind sie insbesondere am Land relevant. Im Jahr 2018 gab es 410 solcher Stiftungen in ganz Deutschland. Die größte Bürgerstiftung befindet sich in Hamburg. Sie finanzieren zum Beispiel Schulen und Vereine, weil staatliche Unterstützung an diesen Stellen fehlt.

Die Diskussionsrunde nach dem dritten Teil der Tagung wurde vor allem durch das Narrativ bestimmt, dass es sich Kommunen „bequem“ machen könnten, wenn genossenschaftliche Organisationen wie die „Bürgerstiftungen“ zu viel staatliche Aufgaben übernehmen. Andererseits wurde klargestellt, dass

es sich bei der finanziellen Förderung dieser Stiftungen seitens der Genossenschaftsbanken nicht um eine Wohlfahrtstätigkeit, sondern um eine ‚nachhaltige‘ Investition in die eigenen Kunden handelt. Schließlich wurde über die typischen Aufgaben von Genossenschaften diskutiert. Es geht bei Genossenschaften um ein gemeinsames, „übersubjektives“ Ziel in einer speziellen Notlage, das mittels des bei den Mitgliedern vor Ort vorhandenen Kapitals und arbeitsintensiver Maßnahmen umgesetzt wird. Am Ende dieser dritten Diskussionsrunde blieb trotz der Übereinstimmung der Tagungsteilnehmer bezüglich dieser Aspekte eine andere Frage ungeklärt: Wie stabil können solche Versorgungsstrukturen eigentlich sein?

Die Tagung schloss mit einem Ausblick in die Zukunft genossenschaftlicher Bestrebungen in der deutschen Gesellschaft, vorgetragen durch den Juristen *Prof. Dr. Hartmut Bauer*. Anhand des „Falls Potsdams“, wo die Wasserwerke rekommunalisiert wurden, erläuterte er aktuelle Bestrebungen der Publizisierung. Einst aus Gründen der Kostenersparnis und Sicherung der Versorgung privatisierte Güter und Dienstleistungen auf der Ebene des Bundes, der Länder oder der Kommunen werden in dem Prozess der Publizisierung wieder der Öffentlichkeit übereignet. Dies geschah etwa im Falle Potsdam vor allem, weil die Preise für Wasser enorm angestiegen waren. Publizisierung ist nicht nur in der Versorgungswirtschaft, sondern auch bei sozialen und kulturellen Einrichtungen, sowie beim sozialen Wohnungsbau zu beobachten. Dabei verfolgt Publizisierung zwar ebenso wie die einstige Privatisierung eine Kostenersparnis als Ziel. Qualitätsverbesserung, Steigerung des Marktvertrauens und eine höhere Bürgerbeteiligung stehen jedoch eher im Vordergrund der Publizisierung. *Bauer* stellt fest, dass sich Privatisierung und Publizisierung im Laufe der Zeit abwechseln und immer dann auftauchen, wenn eine Modernisierung des Gemeinwesens angestrebt wird. Insgesamt ist laut *Bauer* zu erkennen, dass das Öffentliche vermehrt in das Private zurückkehrt und auch oft ein ‚dritter Weg‘ in der Form von Genossenschaften eingeschlagen wird.

Nachdem ein weiterer Vortrag bei der Tagung entfiel, der aufbauend auf den bisherigen Vorträgen pointierte Thesen als Abrundung der Tagung vorstellen sollte (*Prof Dr. Hartmann Tyrell*), fungierte stattdessen die letzte Diskussion in gewissem Sinne als Abschlussrunde. So wurde nach der Klärung von Details zu den vorherigen Vorträgen die Frage aufgeworfen, inwiefern im Dritten Sektor, das heißt im Dienstleistungssektor, im kommunalen Bereich Autonomie vorzufinden ist. Dies scheint davon abhängig zu sein, inwieweit Bürger ihre Partizipationsrechte tatsächlich genossenschaftlich nutzen und einfordern. Außerdem wurde aufgedeckt, dass eine Privatisierung oder Public-Private-Partnerships bei Gütern der Grundversorgung nur dann zustande kommt, wenn eine Gemeinde finanziell zu schlecht aufgestellt ist. Dies wurde von den Teilnehmern der Tagung als eine ‚Schieflage des derzeitigen öffentlichen Dienstes‘ betitelt. Damit zeichnen sich die Privatisierung öffentlicher

Funktionen und die Notlösung für die Erfüllung eigentlicher Aufgaben der Öffentlichkeit als derzeitige gesellschaftliche Prozesse ab.

*Fotos: Sarah Gruhl*

*Text: Silvia Wiegel*